

**Landesdelegiertenkonferenz
der
Jusos Hamburg
März 2025**



Beschlussbuch

A gray abstract graphic element consisting of several overlapping shapes, resembling a stylized mountain range or a series of steps, located at the bottom left of the page.

Landesgeschäftsführer
Armin Scharif Zadeh

Ini1	Antragsteller*in:	Landesvorstand
	Beschluss:	Annahme

1 Neuaufstellung jetzt!

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg beschließt:

3 **Forderung:**

4 Wir Jusos Hamburg fordern

- 5 I. **Eine inhaltliche Neuausrichtung der Bundespartei**, die sich wieder an der
6 Grundüberzeugung des demokratischen Sozialismus und der Sozialdemokratie
7 als Weg dorthin orientiert.
- 8 a) Die SPD muss sich entschieden für eine links-progressive Wirtschaftspolitik
9 einsetzen, die den Menschen dient, nicht den Profiten weniger.
- 10 b) Eine konsequente Steuerpolitik zur Umverteilung,
- 11 c) eine starke öffentliche Daseinsvorsorge,
- 12 d) eine mutige Sozialpolitik und eine Wirtschaftsordnung, die auf Gemeinwohl
13 statt auf Shareholder-Interessen ausgerichtet ist,
- 14 e) intersektionaler Feminismus und Antirassismus,
- 15 f) endlich eine konsequente und sozial gerechte Klimapolitik müssen wieder
16 Leitlinien sozialdemokratischer Politik sein.
- 17 g) Sie muss für eine wertengeleitete Außenpolitik, die Diplomatie und
18 Friedenssicherung in den Mittelpunkt stellt und für ein soziales
19 demokratisches Europa stehen.
- 20 II. **Eine konsequente personelle Neuaufstellung an der Parteispitze**, nach den
21 Bundestagswahlen 2025. Die jetzigen Parteivorsitzenden sollen nicht ihr Amt
22 nochmal bekleiden.
- 23 a) Die Parteispitze muss glaubwürdig für eine echte, ehrliche und
24 anpackende sozialdemokratische Politik stehen.
- 25 b) Es braucht Führungspersönlichkeiten, die den Mut haben, klare, linke
26 Positionen zu vertreten und die Partei wieder zu einer politischen Kraft
27 machen, die Vertrauen gewinnt – bei Beschäftigten, jungen Menschen,
28 Gewerkschaften und all jenen, die nach sozialer Sicherheit und
29 Gerechtigkeit streben.

30 **Begründung:**

31 Spätestens dann, wenn Nazis mehr Sitze im deutschen Bundestag belegen als
32 Sozialdemokrat*innen, sehen und fühlen wir das Problem und wir dürfen es nicht
33 einfach so hinnehmen.

34 Die Sozialdemokratie in Deutschland steht am Scheideweg. Viel zu
35 lange hat sich die SPD in einem Spagat zwischen Marktgläubigkeit und sozialer
36 Verantwortung verfangen, hat ihre Grundwerte verwässert und ihre
37 Kernwähler*innenschaft enttäuscht. Während Konzerne Milliarden scheffeln, während
38 Mieten explodieren, während Menschen in schlecht bezahlten Jobs schuften und der
39 Sozialstaat Stück für Stück ausgehöhlt wird, fehlt eine klare sozialdemokratische
40 Antwort. Die unklare politische Ausrichtung der Partei der Sozialdemokratie lässt
41 Menschen grübeln, wofür die SPD heute eigentlich steht. Hier stellt sich die Frage,
42 inwiefern die SPD überhaupt noch eine Arbeiter*innenpartei ist.

43 Die Antwort auf all diese Missstände liegt tief verankert in der Geschichte unserer
44 Partei. In den Kämpfen der Arbeiter*innenbewegung, in den Errungenschaften der
45 sozialen Demokratie, in dem unerschütterlichen Glauben an eine gerechte
46 Gesellschaft. Streichung der Schuldenbremse, eine progressive Besteuerung von
47 Spitzeneinkommen und eine starke Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie den
48 Ausbau des sozialen Wohnraums und notwendige Investitionen in die kritische
49 Infrastruktur? Fehlalarm. Statt diese Geschichte weiterzuführen, wird in TV-
50 Kanzlerkandidatendebatten darüber diskutiert, ob die SPD oder die Union nun mehr
51 oder besser abschieben kann. Durch rechtspopulistischen Parteien lässt sich die Partei
52 der Sozialdemokratie nach rechts ziehen, indem ihre Talkingpoints in Themenfelder wie
53 Migration genutzt und ihre Meinung relativiert werden. GEAS, Bezahlkarten für
54 Asylbewerber*innen, das Sicherheitspaket und nun auch im Rahmen des
55 Sondierungspapiers die Zurückweisung von Asylsuchenden an den Grenzen, die
56 Aussetzung des Familiennachzugs, das Ende freiwilliger Aufnahmeprogramme,
57 Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sowie die Verschärfung des
58 Staatsangehörigkeitsrechts sind nur wenige Beispiele der rassistischen Politik der SPD.

59 Auch der Bundestagswahlkampf wurde nicht mit den Themen bespielt, die wirklich
60 zählen. Dies mag auch einer der wichtigsten Gründe dafür sein, dass die SPD einen
61 Verlust von 9,3 Prozentpunkten erlitten hat. Die SPD hat es versäumt, zentrale Themen
62 wie soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und eine aktive Sozialstaatspolitik in den
63 Mittelpunkt zu stellen. Stattdessen wurde der Wahlkampf von Kompromissen geprägt,
64 die weder die eigene Wähler*innenschaft mobilisiert, noch neue Wähler*innen
65 überzeugt. Ein weiterer Grund ist der Spitzenkandidat, mit dem die
66 Sozialdemokratische Partei ins Rennen gegangen ist. Jener ist in Teilen der
67 Gesellschaft als vergesslicher alter Cum-Ex-Mann, der die unbeliebteste Regierung
68 geführt hat, bekannt. Mit dem jetzigen Stand der Neuaufstellung, welche durch Lars
69 Klingbeil zwar angekündigt wurde, aber nur daraus bestand, ihn zu befördern, geben
70 wir uns nicht zufrieden!

71 Die SPD hat ihr eigentliches Wähler*innenklientel fast ganz und gar verloren. Während
72 uns immer weniger Arbeiter*innen, Arbeitnehmer*innen und Kämpfer*innen für soziale
73 Gerechtigkeit vertrauen, halten uns v.a. die Wähler*innen ab 45 Jahren hoch.
74 Entscheidet sich die Partei der Sozialdemokratie dafür, den eingefahrenen Kurs
75 aufrecht zu erhalten, so liegt die Zukunft der Partei bald im Grab. Die
76 Sozialdemokratische Partei hat es nicht geschafft, junge Menschen ordentlich

77 anzusprechen und von sich zu überzeugen, indem sie in ihren Inhalten
78 einen Fokus auf die Belangen junger Menschen richtet.

79 Das Hamburger Programm bekennt sich klar zum demokratischen Sozialismus, zu
80 einer Gesellschaft, in der „alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung
81 und Gewalt führen können“. Doch was ist davon übrig? Wo ist die klare Kante gegen
82 den entfesselten Kapitalismus, gegen die Reichen, die sich immer mehr nehmen,
83 während der Rest kaum über die Runden kommt? Wo ist die entschlossene Politik, die
84 Banken und Konzerne in die Schranken weist, statt sie mit Steuergeschenken zu
85 belohnen?

86 Wir brauchen eine Partei, die wieder für das Richtige einsteht. Eine Partei, die sich nicht
87 länger für den kleinsten gemeinsamen Nenner verbiegt, sondern mit Stolz für ihre
88 Überzeugungen eintritt. Eine Partei, die nicht versucht, es allen recht zu machen,
89 sondern eine unmissverständliche Stimme für die die wirklich auf sie angewiesen sind:
90 Arbeiter*innen, junge Menschen, Angestellte, Rentner*innen, Alleinerziehende,
91 Menschen, die jeden Cent umdrehen müssen, während andere im Überfluss leben.
92 Genau das muss die Partei jetzt beweisen. In jedem Gespräch mit der Union, in jeder
93 öffentlichen Debatte, in jeder internen Beratung, in jeder medialen Präsenz.

94 Wenn wir einen der unbeliebtesten Kanzlerkandidaten stellen, dann brauchen wir nicht
95 auf Zuspruch von Wähler*innen hoffen. Wenn sich das Wahlprogramm der
96 Sozialdemokrat*innen als Koalitionsvertrag liest, dann brauchen wir nicht auf Zuspruch
97 von Wähler*innen hoffen. Wenn wir über vermeintliche Migrationsprobleme diskutieren,
98 aber nicht über befristete Arbeitsverträge und Niedriglöhne, dann verlieren wir die
99 jungen Menschen. Wenn wir über Grenzkontrollen sprechen, aber nicht über fehlende
100 Studienplätze und unbezahlte Praktika, dann verlieren wir die jungen Menschen. Wenn
101 wir über innere Sicherheit debattieren, aber nicht über steigende Armut und fehlende
102 soziale Absicherung, dann verlieren wir die jungen Menschen.

103 Die SPD hat sich schon einmal neu erfunden, hat sich gegen Unterdrückung,
104 Ausbeutung und Krieg gestemmt, hat Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte erkämpft.
105 Jetzt ist es Zeit, dass sie es wieder tut. Ohne faule Kompromisse. Ohne Anbiederung
106 an eine Politik, die das bestehende System nur verwaltet, statt es zu verändern.

107 Die Zukunft dieser Partei liegt nicht in der Mitte, denn die gibt es nicht. Rot ist nicht die
108 Mitte, rot ist links. Und wir müssen nicht nur wieder genau dorthin, sondern auch die
109 Menschen davon überzeugen, dass dort die Zukunft ist.

Ini2	Antragsteller*in:	Landesvorstand
	Beschluss:	Annahme

1 **Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete –** 2 **Hamburg als Vorbild für eine humane Migrationspolitik**

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5 **Forderung:**

6 Hamburg muss sich entschieden gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete
7 stellen. Menschen in Länder wie Afghanistan oder Syrien zurückzuschicken, in denen
8 sie Folter, Verfolgung oder den Tod fürchten müssen, ist mit den Werten der SPD nicht
9 vereinbar. Der Schutz der Menschenwürde muss uneingeschränkt gelten, unabhängig
10 von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder anderen Kriterien. Ebenfalls darf der
11 Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten nicht ausgesetzt werden. Statt
12 einer Politik der Verschärfungen und Abschottung muss Hamburg als Bundesland mit
13 humanitärer Verantwortung vorgehen und für sichere Fluchtwege sowie den
14 erleichterten Familiennachzug eintreten. Abschiebungen dürfen nicht in Regionen
15 erfolgen, in denen es keine Garantie für Sicherheit gibt.

16 **Begründung:**

17 Die aktuelle Abschiebepaxis in Deutschland zeigt auch in unserer Stadt eine klare
18 Entwicklung. In Hamburg wurden im vergangenen Jahr rund 1.500 Menschen
19 abgeschoben – der höchste Stand seit sieben Jahren. Besonders problematisch sind
20 hier Abschiebungen, unabhängig von der Sicherheit im Zielland. Afghanistan und
21 Syrien sind keine sicheren Länder. In Afghanistan herrschen unter den Taliban
22 schwerste Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegen Frauen, Oppositionelle
23 und ethnische Minderheiten. Syrien ist weiterhin ein Land, in dem politische Gegner,
24 Minderheiten und Rückkehrer willkürlich verfolgt oder getötet werden. Niemand kann
25 garantieren, dass eine Rückkehr in diese Länder menschenwürdig verläuft – und genau
26 diese Garantie müsste aber Voraussetzung für eine Abschiebung sein.

27 Ein weiterer Punkt ist die Diskussion um Straftäter und Gefährder. Klar ist: Wer schwere
28 Gewaltverbrechen begeht, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Doch
29 Abschiebung darf nicht als Ersatz für Strafverfolgung dienen. Ein funktionierender
30 Rechtsstaat hat die Aufgabe, Kriminalität innerhalb seiner eigenen Grenzen zu ahnden.
31 Wer eine Haftstrafe verbüßt, darf nicht anschließend in ein Land abgeschoben werden,
32 in dem es keine rechtsstaatlichen Strukturen gibt. Die Debatte darf zudem nicht dazu
33 führen, dass jede Form von Verurteilung als Rechtfertigung für eine Abschiebung

34 herangezogen wird. Es braucht eine klare Differenzierung zwischen
35 schweren Gewaltverbrechen und Bagatelldelikten. Abschiebungen auf Basis
36 administrativer Entscheidungen oder aufgrund von kleineren Delikten sind mit einer
37 humanen Migrationspolitik nicht vereinbar.

38 Besonders alarmierend ist die Entwicklung auf Bundesebene. Die
39 Sondierungsgespräche zeigen, dass sich die SPD auf eine drastische Verschärfung der
40 Migrationspolitik einlässt. Neben schnelleren Abschiebungen und einer restriktiveren
41 Rückführungspolitik wird auch die Zurückweisung von Schutzsuchenden an den
42 Grenzen angestrebt. Dies gefährdet nicht nur das Asylrecht, sondern untergräbt auch
43 die Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Deutschland kann und darf sich nicht
44 von seiner humanitären Verantwortung verabschieden. Gerade in einer Zeit, in der
45 Europa eine gemeinsame Lösung für Flucht und Migration benötigt, wäre dies das
46 vollkommen falsche Signal.

47 Hamburg hat in der Bürgerschaftswahl bewiesen, dass eine sachliche, progressive
48 Migrationspolitik ohne populistische Zuspitzungen erfolgreich sein kann. Während auf
49 Bundesebene Migration zunehmend zum politischen Kampftema gemacht wird, hat
50 Hamburg gezeigt, dass ein lösungsorientierter Ansatz mehrheitsfähig ist. Diese Haltung
51 muss sich auch in der weiteren politischen Arbeit widerspiegeln. Die Hamburger SPD
52 darf sich nicht an einer Politik beteiligen, die Abschiebungen in Kriegs- und
53 Krisengebieten legitimiert.

54 Wir fordern daher einen sofortigen Abschiebestopp für alle Länder, in denen keine
55 Sicherheit für Rückkehrer garantiert werden kann. Es braucht eine transparente
56 Abschiebepaxis, die sicherstellt, dass Schutzsuchende nicht aufgrund bürokratischer
57 Hürden oder geringer Delikte abgeschoben werden. Abschiebungen dürfen nicht als
58 Mittel genutzt werden, um eine restriktive Migrationspolitik durchzusetzen. Wir müssen
59 als SPD und als Hamburg eine klare Haltung zeigen: Menschenrechte sind nicht
60 verhandelbar, und Humanität darf nicht der politischen Stimmungslage geopfert
61 werden.

Ini3	Antragsteller*in:	Jusos Eimsbüttel Nord-Süd
	Beschluss:	Annahme

1 **Für eine humane Flüchtlingspolitik: Abschiebelager in**
2 **Hamburg schließen!**

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg und die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:

5 **Forderung:**

6 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat im Bundesrat setzen sich dafür ein, dass
7 das Abschiebelager für Geflüchtete in Hamburg umgehend geschlossen wird.
8 Stattdessen fordern wir eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung für alle
9 Geflüchteten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Zudem lehnen die Jusos
10 Hamburg jede Form der Leistungskürzung und sozialen Isolation für Menschen im
11 Asylverfahren ab.

12 **Begründung:**

13 Nicht nur die zahlreichen Demonstrationen gegen Rechts, auch die Ergebnisse der
14 Bürgerschaftswahl und das damit einhergehende gute Abschneiden der Parteien des
15 progressiven Spektrums haben gezeigt, dass die Wähler*innen in Hamburg für ein
16 solidarisches Miteinander eintreten. Dies gilt auch für den Umgang mit geflüchteten
17 Personen. Deshalb erscheint es verwunderlich, dass Hamburg als erstes Bundesland
18 ein spezielles Abschiebelager für Geflüchtete eingerichtet hat, die laut Dublin-III-
19 Verordnung in ein anderes EU-Land abgeschoben werden sollen. Diese Maßnahme
20 geht mit massiven Einschränkungen der Lebensverhältnisse der Betroffenen einher.

21 Zum einen bedeutet die Unterbringung in einer isolierten Lagerhalle eine faktische
22 Internierung. Auch wenn die Innenbehörde betont, dass es sich nicht um eine
23 Haftanstalt handle, schränkt das Lager die Bewegungsfreiheit erheblich ein. Zum
24 anderen wurde mit der jüngsten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes (§ 1
25 Absatz 4 AsylbLG) eine drastische Kürzung der Sozialleistungen für Dublin-Fälle
26 beschlossen. Betroffene erhalten nur noch für zwei Wochen Sachleistungen unterhalb
27 des Existenzminimums – und keinerlei Geldleistungen außer einmalig 8,85€ für
28 Hygieneartikel. Sollte die Abschiebung in dieser Zeit nicht erfolgen, verlängert der Senat
29 diese Leistungskürzung.

30 Diese Maßnahmen verstoßen gegen grundlegende menschenrechtliche Prinzipien. Der
31 Entzug existenzsichernder Leistungen steht im Widerspruch zur deutschen Verfassung

- 32 sowie übergeordneten Rechtsnormen wie der Genfer
33 Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Darüber
34 hinaus bedeutet eine Abschiebung innerhalb der EU nicht automatisch, dass
35 Geflüchtete dort menschenwürdige Bedingungen vorfinden. In vielen EU-Ländern sind
36 sie staatlicher Gewalt oder Verelendung ausgesetzt. Frankreich bietet nur für die Hälfte
37 der Schutzsuchenden eine Unterkunft – die andere Hälfte bleibt obdachlos. In Kroatien,
38 Rumänien oder Bulgarien werden viele Geflüchtete nach der Registrierung ohne
39 Zugang zu einem Asylverfahren auf die Straße gesetzt.
- 40 Die Hamburger SPD muss sich klar gegen diese unmenschlichen Praktiken
41 positionieren. Ein Abschiebelager ist mit sozialdemokratischen Werten nicht vereinbar.
42 Statt Abschiebung, Isolation und Leistungskürzungen brauchen wir eine dezentrale,
43 menschenwürdige Unterbringung und eine faire Asylpolitik, die Schutzsuchenden echte
44 Perspektiven bietet.

AS1	Antragsteller*in:	Jusos Eimsbüttel
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

1 **Keine Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger*innen –** 2 **Selbstbestimmung statt Kontrolle!**

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:

5 **Forderung:**

6 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat im Bundesrat setzen sich dafür ein, dass
7 die Bezahlkarte „SocialCard“ nicht für Bezieher*innen von Bürgergeld in Hamburg
8 eingeführt wird.

9 Generell lehnen die Jusos Hamburg das Konzept der Bezahlkarte in ihrer jetzigen Form
10 ab.

11 **Begründung:**

12 Recherchen von **Zeit Online und FragDenStaat** aus dem Dezember 2024 [1] zeigen
13 eine besorgniserregende Entwicklung: Der SPD-geführte Stadtstaat Hamburg prüft die
14 Einführung einer Bezahlkarte („SocialCard“) auch für Bürgergeldempfänger*innen. Die
15 Jusos Hamburg lehnen diese Pläne entschieden ab, da sie eine unangemessene
16 Kontrolle und Einschränkung der finanziellen Selbstbestimmung bedeuten. Die
17 Einführung einer Bezahlkarte würde bestehende Girokonten mit langjährigen
18 Funktionen und Optionen faktisch aushebeln. Dies wäre ein schwerwiegender Eingriff
19 in die Autonomie der Betroffenen.

20
21 Zudem zeigen Erfahrungen mit der Bezahlkarte für Geflüchtete, dass solche Systeme
22 mit willkürlichen und diskriminierenden Beschränkungen einhergehen. Dazu gehören:

23
24 • **Bargeldbeschränkungen:** Aktuell dürfen Geflüchtete in Hamburg maximal 50 Euro
25 pro Monat in bar abheben. Sozialgerichte haben solche pauschalen Limits bereits als
26 rechtswidrig eingestuft, da sie das Existenzminimum gefährden. Ein Beispiel hier- für
27 ist ein Beschluss des Sozialgerichts Hamburg vom Juli 2024, in dem die pauschale
28 Bargeldobergrenze als rechtswidrig bewertet wurde, da sie die individuellen
29 Lebensumstände der Betroffenen nicht berücksichtigt [2].

30
31 • **Eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten:** Die Bezahlkarte erlaubt oft keine
32 Überweisungen und verhindert damit z. B. günstige Online-Einkäufe oder den
33 Abschluss eines Handyvertrags.

34
35 • **Regionale Einschränkungen:** In vielen Bundesländern, darunter Hamburg, sind
36 Bezahlkarten an bestimmte Händler und Regionen gebunden. Die Nutzung wird oft

über Postleitzahlen eingeschränkt, was Menschen in ihrer Mobilität und Selbstbestimmung weiter einschränkt.

• **Automatisierte Sanktionen:** Eine Ausweitung der Bezahlkarte auf Bürgergeldempfänger*innen könnte den Weg für weitere restriktive Maßnahmen und digitale Sanktionen ebnen.

Diese Form der Bevormundung widerspricht dem Grundsatz eines menschenwürdigen Existenzminimums und dem Recht auf Gleichbehandlung. Die SPD muss sich klar gegen Maßnahmen positionieren, die sozialstaatliche Unterstützung mit unnötigen Restriktionen und Misstrauen verbinden. Während die Bezahlkarte für Geflüchtete unter bestimmten Umständen einen bürokratischen Vorteil bieten kann (z. B. wenn noch keine Meldeadresse für ein Bankkonto vorliegt), ist sie **für Bürgergeldempfänger*innen nicht gerechtfertigt**. Die aktuellen Einschränkungen, insbesondere die Begrenzung auf bestimmte Postleitzahlen und Händler, widersprechen sozialdemokratischen Grundsätzen. Deshalb fordern die Jusos Hamburg die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat auf, sich klar gegen die Einführung der Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger*innen in Hamburg zu positionieren und sich für die Abschaffung unnötiger Restriktionen der bestehenden Bezahlkarten einzusetzen.

Referenzen:

[1] <https://www.zeit.de/politik/2024-12/bezahlkarte-gefluechtete-einschraenkungen-rechtliche-hintergruende>

[2] <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/sg-hamburg-s7ay41024er-bezahlkarte-bargeld-grenze-rechtswidrig>

AS2	Antragsteller*in:	Jusos Eimsbüttel
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

1 **Arbeitsrechte für ALLE stärken!**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Juso-Bundeskongress und den Landesparteitag der SPD Hamburg mit dem Ziel der
4 Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion
5 beschließen:

6 **Forderung:**

7 Wir fordern:

- 8 1. Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für Werkstätte für behinderte Menschen.
- 9 2. Bezahlung der Belegschaft auf mindestens den gesetzlichen Mindestlohn.
- 10 3. Maximal 25% der Ausgleichsabgabe dürfen von Auftrags-Kosten an WfbM
11 gedeckt werden.
- 12 4. Abschaffung der möglichen steuerlichen Absetzbarkeit der Ausgleichsabgabe,
13 als Betriebsausgabe.
- 14 5. Verdoppelung der jeweiligen gestaffelten Kategorien der Ausgleichsabgabe bis
15 2030. Schrittweise Überführung der WfbM in öffentliches Eigentum.
- 16 6. Wir erinnern gleichzeitig an die Verpflichtung der WfbM, gem. des § 219 Abs. 1
17 SGB IX zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen beizutragen und
18 Menschen mit Behinderung auf ihrem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt
19 ausreichend zu begleiten und zu unterstützen.

20 **Begründung:**

21 In Werkstätten für behinderte Menschen wird kein Mindestlohn gezahlt. Stattdessen
22 erhalten die Arbeiter ein Werkstatt-Entgelt (im Jahr 2022 durchschnittlich rund 222 Euro
23 monatlich) und ggf. ergänzend Leistungen der Sozialhilfe oder eine Rente wegen voller
24 Erwerbsminderung. Das Entgelt wird unabhängig von dem geleisteten Stundensatz
25 gezahlt. WfbM haben sicherzustellen, dass den Beschäftigten mindestens 35 Stunden
26 pro Woche Aufenthalt beziehungsweise Verrichtung ihrer Arbeit in der Werkstatt
27 gewährleistet werden. Das entspricht einem Stundenlohn von 1,58 Euro, und das auf
28 dem Rücken von Menschen, die keine Interessen beziehungsweise
29 Lobbyvertreterinnen haben.

30 Die Jusos in der SPD müssen sich ihrer Rolle als Vertreterinnen und Vertreter von eben
31 genau den Menschen ohne Lobby beim Staat noch mehr bewusstwerden. Die
32 staatlichen Zuschüsse müssen deutlich erhöht werden! Die Werkstätten sind auf
33 Aufträge der auf Gewinn und Profit fokussierten Privatwirtschaft angewiesen. Oft

34 müssen die Werkstätten auf private Unternehmen zugehen und
35 Vorschläge für inklusive Konzepte vorlegen, um Aufträge zu erhalten. Dass die
36 Werkstätten von allein, so viel Profit erreichen sollen, um den Mindestlohn zu
37 gewährleisten, ist utopisch. Deswegen gibt es jetzt schon die aktuelle Bezuschussung,
38 die deutlich erhöht werden muss. Die Angestellten der Werkstatt können nichts dafür,
39 dass sie in einem wirtschaftlichen System leben, das auf Produktivitätsmaximierung
40 beruht. In einem Sozialstaat sollte jeder Mensch Anspruch auf den gesetzlichen
41 Mindestlohn haben, auch jene, die diesem Produktivitätsmaximierungsprinzip des
42 freien Marktes nicht zu hundertprozentig entsprechen.

43 Unternehmen können bis zu 50 % mit einem Auftrag an eine Werkstatt in die
44 Ausgleichsausgabe verrechnen. An sich sind Aufträge an WfbM eine gute Sache. Das
45 Problem an den 50 % ist, dass Unternehmen vor allem an den niedrigen Löhnen der
46 Werkstätten profitieren, sich dann den Auftrag in der Ausgleichsabgabe sparen und im
47 Endeffekt doppelt gespart und wenig zur Inklusion der Beschäftigten in den ersten
48 Arbeitsmarkt beigetragen haben. Der hohe Prozentsatz kann also potenziell nicht zu
49 einer Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt führen, sondern zu mehreren Aufträgen, um
50 die Inklusion gewissermaßen zu umgehen. Deswegen schlagen wir vor, dass man nicht
51 pro Auftrag, sondern auf die gesamte Ausgleichsabgabe maximal 25 % Auftragskosten
52 verrechnen darf. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es Unternehmen möglich, die
53 Ausgleichsabgabe als Betriebsausgabe zu deklarieren, was zu einer Minderung des
54 steuerpflichtigen Gewinns beziehungsweise einer geringeren Steuerlast führt. In der
55 Praxis bedeutet das, dass Unternehmen lieber die Ausgleichsabgabe zahlen und sie
56 sich nachher in der Steuererklärung zurückholen, anstatt sich ernsthaft solidarisch zu
57 zeigen und ihre Betriebsstruktur inklusiver zu gestalten. Durch eine Abschaffung der
58 steuerlichen Absetzung wird der Anreiz deutlich erhöht, sich ernsthaft mit dem Thema
59 Inklusion im eigenen Betrieb auseinanderzusetzen, da die Ausgleichsabgabe nicht fällig
60 wird, wenn man den gesetzlichen Anforderungen gerecht wird. Konzerne können
61 Millionen und Milliarden an Dividenden ausschütten, dann wird es ihnen auch möglich
62 sein, ihre Betriebsstruktur inklusiver zu gestalten.

63 Wenn dies nicht geschieht und die Pflichtarbeitsplätze für Schwerbehinderte nicht
64 besetzt werden, müssen Unternehmen mit mehr als 60 Arbeitsplätzen beispielsweise
65 bei einer Beschäftigungsquote von 0 % bis unter 2 % 405 € je unbesetztem Platz
66 zahlen. Die sukzessive Verdoppelung bis 2030 soll aber für kleine und große Betriebe
67 gelten. Wir fordern eine Verdopplung, damit sich Unternehmen ernsthaft dazu verleitet
68 fühlen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

69 Perspektivisch fordern wir ein vergesellschaftetes WfbM-System. Ein
70 vergesellschaftendes Werkstattssystem öffnet die Wege für eine bessere
71 Kommunikation mit beispielsweise der Bundesagentur für Arbeit. Daten über
72 Fähigkeiten und Bedürfnisse der Beschäftigten könnten effektiver geteilt werden und
73 eine staatliche Struktur würde den Zugang zu Förderprogrammen, Weiterbildungen und
74 Qualifizierungsangeboten erleichtern. Das übergeordnete Ziel sollte es nämlich
75 sowieso sein, die Inklusion weiter voranzutreiben und Menschen mit einer Behinderung
76 die besten Chancen auf den ersten Arbeitsmarkt zu bieten und sie in den Werkstätten

Landesdelegiertenkonferenz 2025.1
29. März 2025

- 77 optimal auf diesen vorzubereiten. Deswegen ist es wichtig, dass eine
78 Verstaatlichung schrittweise erfolgt. Bestehende Strukturen dürfen nicht zerstört
79 werden! Die Bildung von gGmbHs ist sehr lobenswert und die Unterstützung der
80 Werkstätten in diesem beschränkten Rahmen ist hoch anzuerkennen. Der Staat soll die
81 Kommunikationsstrukturen nicht zerstören, sondern ergänzen und die Werkstätten vom
82 Profitdruck befreien!
- 83 Bisher werden jährlich weniger als 1 % der Angestellten von WfbM in den ersten
84 Arbeitsmarkt übernommen, ein Problem, das nicht totgeschwiegen werden darf!
- 85 Die geringe Bezahlung in den Werkstätten verstößt potenziell gegen die UN89
86 Behindertenrechtskonvention, EU-Recht und das Grundgesetz!
- 87 Eine Partei, die sich als Arbeiterpartei identifiziert, muss gegen Ausbeutung jeglicher
88 Art vorgehen!
- 89 Die SPD hat sich für die Rechte von ALLEN Arbeiterinnen und Arbeitern einzusetzen!

AS4	Antragsteller*in:	Jusos Wandsbek
	Beschluss:	Annahme

Schutzwohnungen für Sexarbeiterinnen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

Forderung:

Die sozialdemokratischen Mitglieder in Bürgerschaft und Senat sowie der Parteivorstand mögen sich dafür einsetzen, dass die Stadt Hamburg (ggf. in Zusammenarbeit mit sozialen Trägern) Schutzwohnungen für FLINTA*-Sexarbeiterinnen bereitstellt.

Begründung:

Mehrere Tausend FLINTA* in Hamburg bestreiten zumindest Teile ihres Lebensunterhalts mit Sexarbeit. Häufig sind sie dabei Gewalt, Ausbeutung oder Diskriminierung ausgesetzt und haben nur unzureichenden Zugang zu Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen. Es gibt in Hamburg bisher keine einzige Schutzwohnungen speziell für Sexarbeiterinnen.

Solche Wohnungen können einen geschützten Raum bieten, in dem Frauen vorübergehend (z. B. nach medizinischen Eingriffen und traumatischen Situationen) sicher unterkommen und Unterstützung durch psychosoziale Beratung und medizinische Hilfe erhalten. Es ist wichtig, dass diese Schutzwohnung niedragschwellig zugänglich ist und mit spezialisierten Fachkräften besetzt wird, die die spezifischen Bedürfnisse der Betroffenen kennen und angemessen darauf eingehen können.

Ein Beispiel kann sich Hamburg an der Stadt Leipzig nehmen. Dort gibt es seit September 2024 eine solche Schutzwohnung, getragen von der Stadt und der Aidshilfe Leipzig¹. Dort können Frauen unterkommen, die in anderen Schutzeinrichtungen aus verschiedensten Gründen nicht unterkommen können. In Hamburg böte sich etwa eine Zusammenarbeit mit der Fachberatungsstelle Sperrgebiet an.

Hamburg muss sich als soziale und progressive Stadt für die Rechte und den Schutz von Sexarbeiterinnen einsetzen. Die Einrichtung einer solchen Schutzwohnung ist ein wichtiger Schritt, um Frauen in prekären Situationen zu unterstützen.

¹ <https://www.leipzig.aidshilfe.de/sexarbeit/schutzwohnung>

AS5	Antragsteller*in:	Jusos Wandsbek
	Beschluss:	Annahme

Schlafen auf der Straße ist Staatsversagen – Winternotprogramm bedarfsgerecht ausbauen!

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

Forderung:

Die sozialdemokratischen Mitglieder in Bürgerschaft und Senat sowie der Parteivorstand mögen sich dafür einsetzen, dass die Stadt Hamburg das Winternotprogramm für obdachlose Menschen grundlegend reformiert und an menschenwürdige Mindeststandards anpasst. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen wie FLINTA*-Sexarbeiterinnen gerichtet werden.

Konkret bedeutet das:

1. Eine schrittweise Aufstockung der Unterkunftskapazitäten bis hin zum tatsächlichen Bedarf.
2. Eine durchgehende Öffnung der Einrichtungen des Winternotprogramms in den Wintermonaten (auch tagsüber und ohne Berücksichtigung der Nachkommastelle des Thermometers).
3. Die Einführung eines speziellen FLINTA*- Winternotprogramms, welches sich an den besonderen Lebensrealitäten und Bedürfnissen von wohnungslosen FLINTA* orientiert.
4. Weiblich gelesenes Security-Personal als Teil des Sicherheitskonzeptes jeder Einrichtung, zu der obdachlose FLINTA* Zugang haben. Ist dies im Einzelfall nicht möglich, muss zumindest eine weiblich gelesene Ansprechperson in den Unterkünften anwesend sein.
5. Die Anpassung der Standorte des Winternotprogramms an den Bedarf obdachloser Menschen.

Begründung:

In Hamburg leben aktuell fast 4.000 obdachlose Menschen. Besonders in der kalten Jahreszeit ist ihre Situation lebensbedrohlich. Jeden Winter gibt es Meldungen über erfrorene Menschen in unserer Stadt. Mit nur 1.200 Schlafplätzen bietet das bestehende Winternotprogramm nicht einmal jeder dritten obdachlosen Person in

35 Hamburg ausreichend Schutz. Eine bedarfsgerechte Erweiterung der
36 Unterkünfte ist deshalb notwendig, um sicherzustellen, dass jede Person, die Schutz
37 sucht, auch einen sicheren Schlafplatz erhält. Dabei müssen Mindeststandards für
38 menschenwürdiges Wohnen eingehalten werden – überfüllte Notunterkünfte mit
39 unzureichenden sanitären Einrichtungen sind keine Lösung. Das gebietet auch das
40 Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

41 Zudem sind die Unterkünfte des Winternotprogramms nur nachts geöffnet, sodass die
42 Menschen tagsüber weiterhin schutzlos der Kälte ausgesetzt sind. Besonders für die
43 marginalisierte obdachlose Gruppe der FLINTA*-Sexarbeiterinnen sind bestehende
44 Öffnungszeiten verfehlt: Ihre Arbeit findet ganz überwiegend abends oder nachts statt,
45 sie ruhen sich tagsüber aus. Eine durchgehende Öffnung der Unterkünfte ist daher
46 unerlässlich, um Obdachlosen einen verlässlichen Schutz zu bieten.

47 Besondere Aufmerksamkeit muss obdachlosen FLINTA* gewidmet werden. Sie sind
48 einem erhöhten Risiko von Unsicherheit, Übergriffen und Gewalt ausgesetzt und
49 meiden häufig die bestehenden Notunterkünfte aus Angst vor Belästigung oder
50 Übergriffen. Der Bericht der Hamburger Fachberatungsstelle „Sperrgebiet“ zeigt, dass
51 FLINTA* sich oft gezwungen sehen, an unsicheren und prekären Orten zu übernachten,
52 weil sie sich in vorhandenen Unterkünften nicht sicher fühlen. Ein gesondertes
53 Winternotprogramm für FLINTA*, das Schutzräume mit eigenem Betreuungskonzept
54 bietet, ist daher dringend notwendig. Dabei muss das Personal entsprechend geschult
55 und ein verpflichtendes Sicherheitskonzept eingeführt werden, das gezielt auf die
56 Bedürfnisse von FLINTA*-Personen eingeht. Ein Security-Team mit einem höheren
57 Anteil an weiblich gelesenen Personen kann das Sicherheitsgefühl erheblich stärken
58 und den Zugang für besonders vulnerable Gruppen erleichtern.

59 Auch die Standortwahl der Unterkünfte muss überdacht werden. Diese sind für die
60 Betroffenen oft schlecht zu erreichen, da sie weit von ihren sozialen Netzwerken und
61 Lebensmittelpunkten entfernt sind. Eine bessere Verteilung der Anlaufstellen,
62 insbesondere mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, ist essenziell, um
63 sie zugänglicher zu machen.

64 Eine umfassende Reform des Winternotprogramms ist daher unerlässlich, um
65 obdachlosen Menschen endlich den Schutz und die Unterstützung zu bieten, die sie
66 dringend benötigen.

B1	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme in geänderter Fassung</i>

1 **Informatik-Unterricht an die Lebensrealität anpassen**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen
6 Mitglieder des Senats sowie die Behörde für Schule und Berufsbildung werden dazu
7 aufgefordert, zu prüfen, inwieweit die Kompetenzen und Inhalte des Faches Informatik,
8 insbesondere zu den Risiken der Nutzung von Informations- und
9 Kommunikationssystemen, sowie zur Bewertung der Seriosität von Online-
10 Informationen, bis zum Jahrgang 5 runter vermittelt werden können. Dazu sollen auch
11 die Themenkompetenzen des Informatikunterrichts verstärkt über die aktuellen
12 Maßnahmen in den Fächern und im Informatikunterricht hinaus im Allgemeinen
13 Fachunterricht intensiviert werden

14 **Begründung:**

15 Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft führt dazu, dass Kinder und
16 Jugendliche immer früher mit digitalen Informations- und Kommunikationssystemen in
17 Berührung kommen. Dabei sind sie zunehmend mit Risiken wie Cyberkriminalität,
18 Datenmissbrauch und Desinformationskampagnen konfrontiert. Eine frühzeitige
19 Vermittlung dieser Kompetenzen im Pflichtfach Informatik würde Schüler*innen
20 sensibilisieren und besser darauf vorbereiten, sich sicher und kritisch in der digitalen
21 Welt zu bewegen. Insbesondere die Fähigkeit, die Seriosität von Informationen in
22 sozialen Netzen zu bewerten, ist angesichts des technischen Fortschritts in künstlicher
23 Intelligenz und der zunehmenden Verbreitung von Deepfakes und Desinformationen
24 essenziell für eine mündige und verantwortungsbewusste Teilhabe an der digitalen
25 Gesellschaft. Nur durch ein fundiertes Verständnis digitaler Informationsquellen und
26 deren Manipulationsmöglichkeiten können Schüler*innen lernen, faktenbasierte
27 Entscheidungen zu treffen und sich vor gezielter Täuschung oder Manipulation zu
28 schützen.

B2	Antragsteller*in:	Jusos Altona
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

Einführung der Deutschen Gebärdensprache (DGS) als Wahlpflichtfach an Hamburger Schulen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen

Forderung:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als reguläres Wahlpflichtfach an Hamburger Schulen eingeführt wird. Dafür sollen auch entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte im LI zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt Hamburg startet eine Kampagne, um (junge) Menschen für den Beruf als Lehrkraft für Deutsche Gebärdensprache zu begeistern.

Darüber hinaus setzen sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats im Bundesrat sowie der Kultusministerkonferenz dafür ein, falls erforderlich, auf Bundesebene eine Grundlage für eine Bundesweite Einführung zu schaffen.

Begründung:

In Hamburg leben ca. 2 000 gehörlose Menschen und 360 000 schwerhörige Menschen. Diese werden von der Gesellschaft ausgegrenzt, da von ihnen entweder erwartet wird, Lippen zu lesen oder anderweitig zu kommunizieren. Die Deutsche Gebärdensprache ist für viele gehörlose und hörgeschädigte Menschen ein essenzielles Kommunikationsmittel. Dennoch ist sie in der schulischen Ausbildung kaum präsent. Eine Einführung der DGS als Wahlpflichtfach trägt dazu bei, Barrieren abzubauen, Bewusstsein für die Lebensrealität gehörloser Menschen zu schaffen und die Inklusion nachhaltig zu stärken.

Bereits in anderen Ländern, wie etwa den USA oder Großbritannien, ist Gebärdensprache als Fremdsprache anerkannt und wird in Schulen gelehrt. Auch in Deutschland gibt es einzelne Pilotprojekte, die zeigen, dass Schüler*innen mit Begeisterung DGS lernen und davon profitieren. Neben dem sozialen Mehrwert kann das Erlernen von Gebärdensprache auch die kognitiven Fähigkeiten sowie die Kommunikationskompetenz insgesamt stärken.

Die Einführung der Deutschen Gebärdensprache als Wahlpflichtfach soll:

- die Inklusion und Barrierefreiheit im Bildungswesen fördern,

- 32 • Schüler*innen die Möglichkeit geben, DGS als
33 Kommunikationsform zu erlernen,
34 • das Bewusstsein für die Gehörlosen-Community und deren Kultur stärken,
35 • die beruflichen Perspektiven von Absolvent*innen erweitern, insbesondere in
36 sozialen, medizinischen und pädagogischen Berufen.
- 37 Daher fordern wir die Hamburgische Bürgerschaft auf, die notwendigen Schritte
38 einzuleiten, um die Deutsche Gebärdensprache als Wahlpflichtfach in Hamburger
39 Schulen zu etablieren.

B3	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Bergedorf</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Überweisung an die JSAG</i>

Literatur im Deutschunterricht aktuell und interessant gestalten

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

Forderung:

Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die im Deutschunterricht in der Sekundarstufe I und II an Gymnasien und Stadtteilschulen behandelten Lektüren, sich an der Erfahrungswelt der Schüler*innen orientiert. Dazu sollen folgende Veränderungen und Maßnahmen realisiert werden:

1. Die Lehrpläne sollen dahingehend aktualisiert werden, dass die Auswahl der Literatur im Unterricht schüler*innenorientiert stattfindet. Gegenwartsliteratur soll hierbei eine gleichermaßen große Rolle spielen, wie Literatur, die einer Kanonisierung zuteilwurde.
2. Um der Praxis eines schüler*innenorientierten Literaturunterrichts gerecht zu werden, soll die jeweilige Klassengemeinschaft ab Klasse 8 teilweise die Möglichkeit bekommen, mitzubestimmen, welche Lektüre gemeinsam gelesen wird.
3. Die im zentralen Abitur vorgesehene Literatur muss, sofern von den Schüler*innen nicht gewählt, trotzdem behandelt werden. Dabei muss gewährleistet werden, dass eine schüler*innenorientierte Heranführung an die Lektüre stattfindet.

Begründung:

Lesen ist ein wichtiger Bestandteil des Deutschunterrichts und soll es auch bleiben, damit Schüler*innen ein Gefühl für die Kultur und die Bedeutung von Literatur entwickeln. Damit das gelingt, müssen sie sich mit den Geschichten und Inhalten der Bücher besser auseinandersetzen. In der Theorie passiert das, indem sie die Bücher lesen und Aufgaben dazu bearbeiten. In der Praxis sieht es jedoch anders aus: Viele greifen stattdessen auf Zusammenfassungen im Internet oder Videos zurück – selbst bei kurzen Texten wie „Woyzeck“.

Das Problem dabei ist nicht nur, dass die Originaltexte nicht gelesen werden, sondern dass insgesamt weniger gelesen wird. Das wirkt sich negativ auf die Rechtschreibung

33 und das Leseverständnis aus, was sich unter anderem in den
34 schlechten PISA-Ergebnissen bemerkbar macht.

35 Deshalb sollten im Unterricht auch Bücher gelesen werden, die die Schüler*innen
36 wirklich interessieren. Viele haben wenig Freude daran, Werke von Autor*innen zu
37 lesen, die schon lange verstorben sind. Das bedeutet nicht, dass klassische Literatur
38 unwichtig ist. Aber wenn sie mit moderneren Texten kombiniert wird, kann sie für junge
39 Menschen zugänglicher gemacht werden. Zudem können die Schüler*innen durch
40 Mitbestimmung über die Lektüreauswahl motiviert werden. So steigt die
41 Lesebereitschaft, und die genannten Probleme können reduziert werden.

B4	Antragsteller*in:	Jusos Bergedorf
	Beschluss:	Annahme

Reform des Lehramtsstudiums

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD-Hamburg beschließen:

Forderung:

Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Lehramtsstudium in vielen Teilen grundsätzlich verändert wird. Darunter fallen die folgenden Forderungen:

1. Module, die für das Studium und Erlernen der mittel- und frühneuhochdeutschen Sprache gedacht sind, sollen ersatzlos aus dem Pflichtbereich des Lehramtsstudiums des Faches Deutsch verschwinden. Es kann jedoch in anderen Modulen als Teilbereich weitergeführt werden, aber nicht in dieser Intensität und mit dieser Beachtung.
2. Die Lehramtsstudierenden der Sonderpädagogik sollen, sofern sie weiterhin dieselben Veranstaltungen für ihren Abschluss wie Studierende des Lehramts der Sekundarstufe I und II besuchen und dieselben Bestehenskriterien haben, die Berechtigung erhalten, auch an Gymnasien und Stadtteilschulen zu unterrichten, ohne Bachelorarbeit und Freien Studienanteil ebenfalls im entsprechenden Fachbereich wählen zu müssen.

Begründung:

Der Lehrkräftemangel ist ein offensichtliches und bekanntes Problem. Dieser sollte angegangen werden und wurde es mit dem Quereinstieg und der Reform der Sekundarstufenstudiengänge auch. Jedoch heißt das nicht, dass es jetzt problemlos funktioniert. Noch immer gibt es Probleme. Teil des Lehramtsstudiums des Faches Deutsch der Sekundarstufe I und II ist ein Modul, welches sich über mindestens zwei Semester erstreckt und einzig dem Erlernen von Kenntnissen der mittel- und frühneuhochdeutschen Sprache dient, die allerspätestens seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts irrelevant sind. Sichtbar ist das auch dadurch, dass selbst in einem Schulbuch der Reihe P.A.U.L. D., welches einen vollständigen Abschnitt der Nibelungensage, einem Werk, welches eigentlich ein mittelhochdeutsches ist und auch in einer mittelhochdeutschen Fassung existiert, den Text nur in einem Neuhochdeutsch

33 der Gegenwart enthält, die älteren Sprachweisen sind nicht groß
34 thematisiert. Daher scheint die Existenz eines so viel Zeit in Anspruch nehmenden
35 Pflichtmoduls wohl kaum wichtig für den späteren Beruf zu sein. Die Zeit, die darauf
36 verwendet wird, könnte anders genutzt werden, das Thema auch in ein anderes Modul
37 überführt werden, doch sollte es nicht Teil des Pflichtprogramms für jeden in diesem
38 Studiengang sein.

B5	Antragsteller*in:	Jusos Bergedorf
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

1 Finanzierung digitaler Lernmittel für alle Schulen in 2 Hamburg

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5 **Forderung:**

6 Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen
7 Mitglieder des Senats sind dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die im
8 Unterricht zu nutzenden elektrischen Geräte, namentlich Tablets und Stifte für selbiges,
9 von der Schulbehörde in ausreichender Menge und Qualität finanziert werden, damit
10 diese als Leihgeräte durch die Schule an die Schulkinder ausgegeben werden können
11 und keine Familie für die wertvolle Teilnahme ihrer Kinder am Unterricht große
12 finanzielle Belastungen auf sich nehmen muss. Hierzu sollten auch Ausstattungs- und
13 Finanzierungsprogramme für die Schulen wie die von Apple oder auch GoodNotes
14 existierenden Schulangebote genutzt werden, falls diese die Anforderungen erfüllen.
15 Dies soll dementsprechend auch geprüft werden. Als erster Zwischenschritt sollen
16 Endgeräte nach dem KESS-Faktor prioritär an Schulen mit niedrigem KESS-Faktor
17 vergeben werden. Endziel ist jedoch die flächendeckende Ausstattung mit Endgeräten.

18 **Begründung:**

19 Spätestens durch die Bildungspläne ist klar, dass die Digitalisierung auch in den
20 Schulen Hamburgs Einzug hält. Hier ist vorgesehen, dass durch das Nutzen digitaler
21 Tools die Kenntnisse in diesem Bereich aufgebaut werden, um sich sicher in der
22 heutigen Welt zu bewegen. Die Hamburger Schulbehörde sieht hier vor, dass die
23 Schulen das vorgeschlagene Konzept BYOD (Bring Your Own Device) verwenden.
24 Dies sieht vor, dass von den Familien der Schulkinder eigens angeschaffte Geräte für
25 den Schulunterricht mitgenutzt werden sollen, da die finanziellen Mittel der Schulen die
26 Bereitstellung von Endgeräten für alle Schüler und Schülerinnen oft nicht ermöglichen.
27 Dabei wird häufig auf Tablets als verpflichtend zu nutzendes Gerät verwiesen. Dieses
28 sollte eine Bildschirmdiagonale von mindestens 10 Zoll (ca. 25 cm) und ausreichend
29 Speicherplatz, also mindestens 64 GB, besitzen. Zusätzlich empfiehlt sich die Nutzung
30 eines Geräts der Firma Apple, da mit günstigeren Tablets und Huawei-Tablets eine
31 Verbindung mit dem W-LAN der Schule auffällig oft nicht möglich ist. Von ihnen wird
32 abgeraten. Zusätzlich gibt es Empfehlungen für Stifte, damit das Schreiben mit der
33 Hand nicht verlernt wird und eine koppelbare Tastatur. Diese Anschaffungen belaufen
34 sich also auf sehr hohe Summen, vor allem, wenn günstigere Alternativen die nötige

- 35 Qualität nicht aufbieten können. Daher sollte die Schulbehörde die
36 Finanzierung mit dem oben genannten Vorschlag überarbeiten. Das Werbeverbot an
37 Schulen sollte hier nicht dazu führen, dass die Pläne fallen gelassen werden, da die
38 Vorteile der Geräte dieser Firmen offensichtlich sind und so auch offen in den
39 Anschaffungshinweisen von Schulen kommuniziert werden. Es ist also in unseren
40 Augen keine unverantwortliche Werbung.

D1	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Hamburg-Nord</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme in geänderter Fassung</i>

1 **Digitale Souveränität muss auch gelebt werden!**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die sozialdemokratischen Vertreter*innen in der Hamburger Bürgerschaft sowie im
6 Landesvorstand setzen sich dafür ein, dass innerhalb unserer Partei:

- 7 1. Sämtliche interne Organisationsprozesse auf Open-Source-Lösungen geprüft
8 und wo möglich umgestellt werden. Dies betrifft insbesondere:
- 9 a. Kampagnenmanagement und -tools
10 b. Erstellung von Dokumenten, Grafiken und Videos
11 c. Vorlagen und Organisationstools
12 d. Beschaffung von Material und Hardware
13 e. Betriebssysteme und Peripheriegeräte
14
- 15 2. Bei der Beschaffung von Software und Hardware soll, wo es finanziell sowie mit
16 vertretbarem technischem Aufwand möglich ist, primär auf:
- 17 a. Open-Source-Software
18 b. Betriebssystemoffenes Zubehör
19 c. Unternehmen, die Open-Source-Software einsetzen zurückgegriffen
20 werden,
21 d. und auf die Förderung an öffentliche Einrichtungen und kritische
22 Infrastrukturen mit Freier bzw. OpenSource Lösungen gesetzt werden
- 23 3. Sämtliche digitale Kommunikation und Infrastruktur der Jusos und der SPD
24 Hamburg, insbesondere:
- 25 a. Telefonie
26 b. Besprechungen und Konferenzen
27 c. Streams
28 d. Webseiten
29 e. Social-Media-Kanäle (z.B Mastodon, Matrix)
30 sollen primär über Server in Deutschland, hilfsweise auf europäischem Boden,
31 gehostet werden.

32 **Begründung:**

33 Die digitale Souveränität ist ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit
34 politischer Organisationen. Softwaretools müssen aus Gründen der Nachhaltigkeit, der

35 Sicherheit, des Datenschutzes und vor allem der digitalen Souveränität
36 zweifelsfrei die DSGVO einhalten.

37 Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) weist darauf hin, dass
38 Soft-ware- Monokulturen mit weniger Aufwand angegriffen werden können und so
39 schneller ein höheres Schadensausmaß erreichen. Die IT-Strategie des Bundes sieht
40 daher vor, die Vielfalt von Software zu erhöhen und Monokulturen zu reduzieren. Eine
41 größere Auswahl an Software führt auch zu mehr Hersteller-Unabhängigkeit.

42 Der Einsatz von FLOSS (Freie/Libre Open-Source-Software) bietet nach Einschätzung
43 des BSI entscheidende Vorteile:

- 44 • Vollständige Kontrolle über Sicherheitstechniken unabhängig vom Geschäftsmodell
- 45 • Möglichkeit zur unabhängigen Prüfung auf Sicherheitslücken
- 46 • Selbstständige Schließung von Sicherheitslücken ohne Herstellerabhängigkeit

47 Der Branchenverband Bitkom betont: "Digitale Transformation und damit
48 Zukunftsfähigkeit kann nur durch Kollaboration und Kooperation mit Open-Source-
49 Methodik und Open-Source-Software gelingen." Als progressive politische Organisation
50 müssen wir bei der digitalen Transformation mit gutem Beispiel vorangehen und unsere
51 digitale Souveränität aktiv leben.

F1	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Altona</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme in geänderter Fassung</i>

1 **Feiertag internationaler feministischer Kampftag**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder der hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür
6 ein, dass ein hamburgweiter Feiertag zum Anlass des internationalen feministischen
7 Kampftags am 8. März erlassen wird.

8 **Begründung:**

9 Seit 2019 ist der Internationale Frauentag am 8. März in Berlin ein gesetzlicher Feiertag.
10 Mit dieser Entscheidung wird ein Zeichen für die Sichtbarkeit der noch immer
11 bestehenden Ungleichheit zwischen Frauen und Männern gesetzt. Der Feiertag bietet
12 nicht nur die Möglichkeit, die Errungenschaften der Frauenbewegung zu würdigen,
13 sondern auch ein stärkeres Bewusstsein für bestehende Herausforderungen zu
14 schaffen. Darüber hinaus trägt er zur Angleichung der Feiertagsregelungen an andere
15 Bundesländer bei, in denen es durchschnittlich mehr Feiertage gibt und unterstreicht
16 die Bedeutung dieses Tages für eine gerechtere Gesellschaft. Ein solcher Feiertag
17 wäre ein starkes Symbol für Hamburg als eine weltoffene, progressive und solidarische
18 Stadt. Ein weiterer Gesichtspunkt, der auch die sozialdemokratischen Werte stärkt,
19 wäre, dass Arbeitnehmer*innen einen zusätzlichen Feiertag hätten, der sie zusätzlich
20 im Alltag entlasten könnte.

21 Der Antrag duldet aber einen gewissen Aufschub, denn nächstes Jahr ist das 115.
22 Jubiläum des Weltfrauentages. Deswegen plädieren wir dafür, den Antrag zeitlich näher
23 am Jubiläum auf dem LPT zu beschließen und diesbezüglich auch Veranstaltungen zu
24 Planen. Unter anderem soll dadurch auch eine gewisse Medienpräsenz für das Thema
25 geschaffen werden, um eine weitreichendere Diskussion in der Zivilgesellschaft
26 anzuregen.

G1	Antragsteller*in:	Jusos St.Pauli-Innenstadt
	Beschluss:	Annahme

Gute Gesundheit vor Schadstoffe

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos-Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und anschließender Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

Forderung:

1. Erweiterte Beschränkung von PFAS in Verbrauchsprodukten:

- Einführung einer Kennzeichnungspflicht für PFAS-haltige Produkte.
- Einrichtung eines Förderprogramms für PFAS-freie Alternativen in der Industrie.

2. Maßnahmen gegen Mikroplastik und Weichmacher:

- Förderung biologisch abbaubarer Alternativen für Verpackungen und Textilien.
- Verpflichtung von Herstellern zur Rücknahmepflicht für Mikroplastik-emittierende Produkte (z. B. synthetische Kleidung).

3. Reduzierung von Pestiziden und Schwermetallen:

- Verschärfung des Grenzwertes für Arsen in Reisprodukten.
- Entwicklung eines Monitoringsystems für Schwermetalle in Lebensmitteln mit verpflichtender Verbraucherinformation.
- Verbot des Imports von stark pestizidbelasteten (z. B. durch Atrazin) Lebensmitteln aus Drittländern, sofern sie nicht EU-Standards entsprechen.

4. Förderung von Forschung und Innovation:

- Einrichtung eines Forschungsfonds für schadstofffreie Alternativen, insbesondere für nachhaltige Verpackungen und umweltfreundliche Chemikalien.
- Unterstützung von Start-ups und Unternehmen, die innovative Lösungen zur Schadstoffreduktion entwickeln.

5. Verbraucheraufklärung und Transparenz:

- Einrichtung einer staatlichen Informationsplattform, die Verbraucher*innen über gesundheitsgefährdende Substanzen aufklärt.

- Einführung eines Siegels für schadstofffreie Produkte, um bewusste Kaufentscheidungen zu ermöglichen.

Begründung:

Die Belastung durch PFAS, Mikroplastik, Weichmacher, Pestizide und Schwermetalle stellt eine erhebliche Bedrohung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt dar. Wissenschaftliche Studien belegen, dass diese Schadstoffe langfristig schwere gesundheitliche Probleme verursachen können. PFAS, auch als „Ewigkeitschemikalien“ bekannt, sind äußerst persistent und wurden mit verschiedenen Krebsarten, Immunschwäche und hormonellen Störungen in Verbindung gebracht. Da diese Stoffe sich in Wasser und Böden anreichern, gefährden sie nicht nur die aktuelle Generation, sondern auch zukünftige Generationen, da sie über Nahrung und Trinkwasser in den Körper gelangen. Mikroplastik stellt ein wachsendes Problem dar, da es in nahezu allen Ökosystemen nachgewiesen wurde. Untersuchungen zeigen, dass Mikroplastikpartikel nicht nur in den Ozeanen, sondern auch in der Luft, im Boden und in Trinkwasserquellen vorkommen. Die langfristigen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sind bisher nicht vollständig erforscht, aber es gibt Hinweise darauf, dass sie Entzündungen verursachen und die Zellfunktion beeinträchtigen können. Besonders besorgniserregend ist, dass viele Mikroplastikpartikel mit giftigen Chemikalien belastet sind, die sich im Körper anreichern können. Weichmacher wie Phthalate und Bisphenole sind allgegenwärtig in Kunststoffen und können hormonelle Störungen auslösen. Sie stehen im Verdacht, Unfruchtbarkeit, Diabetes und Entwicklungsstörungen bei Kindern zu verursachen. Trotz einiger regulatorischer Fortschritte sind diese Stoffe weiterhin in zahlreichen Alltagsprodukten enthalten. Daher ist es notwendig, nicht nur ihre Verwendung weiter einzuschränken, sondern auch Alternativen stärker zu fördern. Auch Schwermetalle wie Blei, Quecksilber und Arsen sind weiterhin eine Bedrohung für die Gesundheit. Besonders in importierten Lebensmitteln aus Drittländern sind hohe Konzentrationen dieser toxischen Stoffe nachgewiesen worden. Arsen, das in Reisprodukten häufig vorkommt, kann langfristig das Risiko für Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen. Eine gezielte Kontrolle und eine Verschärfung der Obergrenze für Arsen in Lebensmitteln sind daher dringend erforderlich, um Verbraucher zu schützen. Diese Beispiele zeigen, dass bestehende gesetzliche Regelungen nicht ausreichen, um die gesundheitlichen und ökologischen Risiken durch Umweltgifte ausreichend zu minimieren. Besonders die Industrie muss stärker in die Pflicht genommen werden, schadstofffreie Alternativen zu entwickeln und Produkte umweltfreundlicher zu gestalten. Gleichzeitig braucht es mehr staatliche Förderprogramme für Forschung und Innovation in diesem Bereich, um langfristige Lösungen zu etablieren. Eine transparente Verbraucheraufklärung spielt eine zentrale Rolle, da viele Menschen sich der Gefahren durch Umweltgifte nicht bewusst sind. Eine klare Kennzeichnung von Produkten sowie eine leicht zugängliche Informationsplattform sind essenziell, um Verbraucher in die Lage zu versetzen, informierte Entscheidungen zu treffen. Ein Siegel für schadstofffreie Produkte könnte

Landesdelegiertenkonferenz 2025.1
29. März 2025



- 77 zudem den Druck auf die Industrie erhöhen, umweltfreundlichere
78 Alternativen zu entwickeln.

G2	Antragsteller*in:	Jusos Hamburg-Nord
	Beschluss:	Annahme

1 FINTA* in Krisen finanziell entlasten

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an die
3 SPD-Bundestagsfraktion über den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die Jusos Hamburg fordern:

- 6 1. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Schwangerschaftstests
- 7 2. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf kommerziell erhältliche
- 8 Verhütungsmittel
- 9 3. Die Kostenübernahme für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel (Pille,
- 10 Spirale, Hormonpflaster etc.) durch die gesetzlichen Krankenversicherungen
- 11 auch nach dem 22. Lebensjahr
- 12 4. Die Kostenübernahme für die Pille danach durch die gesetzlichen
- 13 Krankenversicherungen auch nach dem 22. Lebensjahr

14

15 **Begründung:**

16 Nachdem die Abschaffung von §218 StGB dieses Jahr im Bundestag abgelehnt wurde,
17 hat der Kampf um körperliche Selbstbestimmung von FINTA* Personen eine neue
18 Relevanz gewonnen. Es ist nicht zu bestreiten, dass eine ungewollte Schwangerschaft
19 oder eine mögliche ungewollte Schwangerschaft FINTA* stark belastet, um diese
20 Belastung so mildern soll zumindest die finanzielle Belastung, die entsteht verringert
21 werden.

22 Schwangerschaftstest werden aktuell mit 19 % besteuert und eine steuerliche
23 Absetzung ist nur möglich, wenn tatsächliche eine Schwangerschaft besteht und ein
24 Kind ausgetragen wird.

25 Kommerziell erhältliche Verhütungsmittel werden auch mit 19% besteuert, während bei
26 verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln die Kostenübernahme durch die
27 gesetzlichen Krankenversicherung nur bis zum 22. Lebensjahr gewährleistet ist und
28 danach nur im Fall eines medizinischen Grunds für die Verhütung fortgesetzt wird.

29 Eine ähnliche Regelung gibt es bei der „Pille danach“ die nur mit Rezept von den
30 gesetzlichen Krankenkassen übernommen wird und auch hier nur bis zum 22.
31 Lebensjahr, danach nur noch, wenn der „Verdacht auf eine Vergewaltigung“ vorliegt.

- 32 Der Preis für die Pille danach beträgt zwischen 16 und 40 Euro, zu viel
33 besonders, wenn man bedenkt, dass sie meist in starken Stresszuständen gekauft wird.

G3	Antragsteller*in:	Jusos Hamburg-Nord
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

Naloxon kosten- und rezeptfrei in Apotheken verfügbar machen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg sowie anschließend an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

Forderung:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung sowie der SPD-Bundesvorstand sollen sich dafür einsetzen, dass Naloxon in Deutschland nach kanadischem Beispiel rezept- und kostenfrei in allen Apotheken erhältlich wird. Zusätzlich sollen Suchthilfeeinrichtungen, Drogenberatungsstellen und ähnliche Organisationen kurze, staatlich finanzierte Schulungen anbieten, in denen über den Einsatz und die Wirkung von Naloxon aufgeklärt wird.

Begründung:

Naloxon ist ein Opioid-Antagonist und in der EU in Form eines Nasensprays als Medikament zugelassen. Die Anwendung von Naloxon bei einer Person, die eine akute Opioid-Überdosis erlebt, kann die Wirkung dieser komplett außerkraftsetzen, wenn keine Opioide im System sind, hat Naloxon keine Wirkung.

Die Zahl der Todesfälle durch Drogenkonsum in Deutschland steigt an und Heroin ist weiterhin die am häufigsten mit Drogentoden in Verbindung gebrachte Substanz. Heroin ist ein Opioid und seiner Wirkung kann durch die Verabreichung von Naloxon ausgesetzt werden.

Aktuell ist Naloxon nur mit ärztlichem Rezept in Apotheken erhältlich, es ist also z.B. für Angehörige einer drogenabhängigen Person nicht möglich, es vorsichtshalber bei sich zu tragen, außer diese Person hat eine entsprechende ärztliche Diagnose und vertraut ihnen das Naloxon an.

Das soll sich ändern in Kanada, wo Naloxon seit einigen Jahren rezeptfrei verfügbar ist, zeigt sich ein klarer positiver Einfluss und ein Rückgang an Todesfällen durch Opioide.

K1	Antragsteller*in:	Jusos Eimsbüttel
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

1 Geschichtsaufarbeitung Hagenbecks Tierpark

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats
6 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Tierpark Hagenbeck und die
7 Stadt Hamburg ihre historische Verantwortung umfassend anerkennen und sich aktiv
8 an der Aufarbeitung der rassistischen Vergangenheit des Tierparks Hagenbeck
9 beteiligen. Dies umfasst insbesondere:

- 10 1. Einrichtung einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission, die die
11 Geschichte der Völkerschauen weiter erforscht und konkrete
12 Handlungsempfehlungen für den Umgang mit diesem historischen Erbe gibt.
- 13 2. Errichtung einer Gedenktafel auf dem Gelände der U-Bahnhaltestelle
14 „Hagenbecks Tierpark“, basierend auf den Empfehlungen der Kommission, um
15 an die Opfer der Völkerschauen zu erinnern und Besucher*innen über diese
16 rassistische Praxis aufzuklären. Die Kommission soll sich außerdem explizit
17 dazu äußern, ob eine Umbenennung der U-Bahnstation sinnvoll ist.
- 18 3. Verpflichtende Einbindung der Thematik in die offiziellen Informationsangebote
19 der Stadt Hamburg und des Tierparks Hagenbeck, gestützt auf die
20 Empfehlungen der wissenschaftlichen Kommission z. B. durch Hinweisschilder,
21 Publikationen und Führungen.

22 **Begründung:**

23 Der Tierpark Hagenbeck war ein zentraler Akteur der sogenannten Völkerschauen, in
24 denen Menschen aus kolonisierten Gebieten unter entmenslichenden Bedingungen
25 zur Schau gestellt wurden. Dies diente nicht nur der Unterhaltung, sondern prägte auch
26 nachhaltig rassistische Stereotype, die bis heute nachwirken.

27 Das am 1. März 2025 veröffentlichte Statement des Tierparks Hagenbeck
28 (https://www.hagenbeck.de/_download/pdf/2025_Statement_Voelkerschauen_Hagenbeck_Maerz.pdf) greift zu kurz. Es relativiert die historische Verantwortung, indem es
29 Völkerschauen als Teil eines allgemeinen „Interesses an fremden Kulturen“ darstellt.
30 Die rassistischen, entmenslichenden und kolonialistischen Aspekte werden nicht
31 ausreichend anerkannt.
32

33

34 Es reicht nicht aus, auf bestehende wissenschaftliche Arbeiten zu verweisen. Vielmehr
35 ist es notwendig, eine aktive, sichtbare und selbstkritische Auseinandersetzung mit der
36 eigenen Geschichte zu führen. Ein Gedenkort sowie begleitende Bildungsangebote
37 wären ein wichtiger Schritt, um der historischen Verantwortung gerecht zu werden.

38 Die SPD Hamburg muss sich klar gegen das Vergessen und Verharmlosen kolonialer
39 Verbrechen positionieren und den Tierpark Hagenbeck dazu drängen, seiner
40 Verantwortung gerecht zu werden. Eine aktive Erinnerungskultur ist essenziell, um
41 Rassismus und kolonial geprägte Denkmuster zu überwinden.

K2	Antragsteller*in:	Jusos Hochschulgruppe HCU
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

1 **Kultur für alle in der HafenCity, statt Milliarden-Oper**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senats und die SPD-Fraktion in
6 der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich für das Folgende ein:

7 Auf dem Baakenhöft in der HafenCity wird kein neues Opernhaus errichtet. Stattdessen
8 setzen wir uns dafür ein, dass auf dem Baakenhöft Flächen bereitgestellt werden für
9 eine Erweiterung der HafenCity-Universität, ein Stadtteilkulturzentrum und ein
10 Dokumentationszentrum für Hamburgs koloniales Erbe. Den ehemaligen
11 Kakaospeicher „Schuppen 29“ erhalten wir im Sinne des Denkmalschutzes. Zur
12 Umsetzung der genannten Projekte streben wir ein breites Bürger*innen-
13 Beteiligungsprogramm an.

14 Der Hamburger Senat wird aufgefordert zu prüfen, welche Alternativen zur geplanten
15 Sanierung der Staatsoper am Gänsemarkt bestehen und ob ein Verzicht auf die
16 Sanierung unter Berücksichtigung finanzieller, kultureller und städtebaulicher Aspekte
17 möglich ist. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob die hohen Kosten in Höhe von
18 mehreren Hundert Millionen Euro vermieden und stattdessen in andere kulturelle oder
19 soziale Projekte investiert werden können.

20 **Begründung:**

21 Zu Beginn dieses Jahres wurden die Absprachen zwischen dem Hamburger Senat und
22 der Kühne-Stiftung des Schweizer Milliardärs Klaus-Michael Kühne bekannt. Im
23 Gegenzug für die kostenlose Bereitstellung und bauliche Vorbereitung des
24 Grundstückes auf der Halbinsel Baakenhöft errichtet die Kühne-Stiftung ein Opernhaus,
25 das danach in den Besitz der Hansestadt Hamburg übergeht und die Hamburgische
26 Staatsoper beherbergen soll, die dafür aus dem denkmalgeschützten Opernhaus am
27 Gänsemarkt auszieht.

28 Wir freuen uns darüber, dass Klaus-Michael Kühne erkannt hat, dass er als einer der
29 reichsten Männer Europas auch einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten muss. Als
30 Jungsozialist*innen haben wir aber mehrere große Kritikpunkte am Opernbau-
31 Vorhaben, die für uns so schwer wiegen, dass wir dieses in seiner Gesamtheit
32 ablehnen.

33 Die Standortentscheidung und generelle Projektplanung sind zutiefst
34 undemokratisch. Aus unserer Sicht sollen nicht einzelne Milliardäre entscheiden, wie
35 große kulturpolitische Vorhaben umgesetzt werden – diese Entscheidungen können nur
36 demokratisch herbeigeführt werden. Gerade Klaus-Michael Kühne soll sich nicht mit
37 lokaler Kulturförderung brüsten, solange er aus steuerlichen Gründen seinen
38 Erstwohnsitz nicht in Hamburg, sondern in der Schweiz angibt.

39 Die Hamburgische Staatsoper ist im Gegensatz zur Elbphilharmonie nur selten
40 ausgebucht. Oper ist ein Zuschussgeschäft und das ist auch okay. Dafür müssen wir
41 aber kein neues und deutlich größeres Operngebäude errichten. Das Baakenhöft ist der
42 letzte unbeplante Fleck in der HafenCity – auf einem Grundstück, das dreimal so groß
43 ist wie die Wiener Staatsoper, lässt sich aber noch deutlich mehr und deutlich
44 wichtigeres unterbringen.

45 Die HafenCity-Universität – die einzige Hochschule Norddeutschlands, an der alle
46 Fachrichtungen des Bauens unter einem Dach vereint sind – leidet bereits jetzt an
47 massiven Raumproblemen. Auf einem Teil des Baakenhöfts stehen momentan noch
48 die Märchenwelten (ja, die heißen wirklich so, ist bisschen funny) in denen studentische
49 Arbeitsräume untergebracht sind. Mit dem Bau der neuen Oper fallen diese Flächen
50 weg, weswegen unsere Studiengänge höchstwahrscheinlich nicht reakkreditiert werden
51 – das heißt, Hamburg verliert eine ganze Generation an Studierenden für Architektur,
52 Stadtplanung und Bauingenieurwesen. Dabei müsste die HCU in Anbetracht der
53 momentanen Baukrise eigentlich größer werden. Das Baakenhöft ist die einzige Fläche
54 in der Nähe, die dafür infrage kommt.

55 Die HafenCity ist dank der Wohnraumpolitik des sozialdemokratischen Senats diverser
56 als viele denken. Am Baakenhafen befinden sich viele Sozial- und
57 Genossenschaftswohnungen, in denen Menschen wohnen, die nicht zum klassischen
58 bürgerlichen Opernpublikum gehören. Als Stadtteil mit vielen Porsches und Luxus-
59 Shops fehlt diesen Menschen vor allem eins: soziale Infrastruktur, die auch ihre
60 Interessen wahrnimmt. Die HafenCity soll keine kalte Schlafstadt sein, sondern ein
61 Stadtteil mit einem vielfältigen eigenständigen Kulturleben. Dafür reichen abendliche
62 Opernvorstellungen nicht aus, sondern es bedarf eines großen Stadtteilzentrums, in
63 dem viele verschiedene soziale Milieus sich wiederfinden und engagieren können.

64 Der Baakenhafen ist mittlerweile fast vollständig neubebaut. Das Baakenhöft ist der
65 einzige Teil des Baakenhafens, der noch eine authentische Hafenfläche darstellt.
66 Gerade diesen Ort gilt es zu schützen, denn der Baakenhafen ist von großer
67 geschichtlicher Bedeutung. Von diesem Pier wurden zwischen 1904 und 1907 ca.
68 18.000 deutsche Soldaten feierlich verabschiedet, um in die deutsche Kolonie
69 „Deutsch-Südwest“ in See zu stechen und dort den Völkermord an den Herero zu
70 begehen. Dieser Völkermord im heutigen Namibia ist das wohl größte Verbrechen der
71 deutschen Kolonialgeschichte – das Baakenhöft ist einer der letzten authentischen
72 Orte, die in Zusammenhang mit diesem Genozid stehen. Die Forschungsstelle für
73 Hamburgs (post)koloniales Erbe der Universität Hamburg fordert zurecht eine
74 Gedenkstätte und ein Dokumentationszentrum an diesem historischen Ort.

75 Der ehemalige Kakaospeicher „Schuppen 29“, der auf dem Baakenhöft
76 liegt, ist der letzte Speicher seiner Art in der HafenCity. Deswegen müsste er für die
77 „Bewahrung charakteristischer Eigenheiten des Stadtbildes“ nach dem Hamburgischen
78 Denkmalschutzgesetz als Baudenkmal dauerhaft erhalten bleiben. Der Kaispeicher
79 kann auch unter Beibehaltung des baulichen Zustandes weiter für Kultur und andere
80 Zwecke benutzt werden, wie viele vergangene Ausstellungen dort beweisen. Der
81 Hamburger Denkmalschutzverein setzt sich darüber hinaus für einen hochwertigen
82 Erhalt der Oper am Gänsemarkt ein. Habt ihr alle schon die Petition unterschrieben?

11	Antragsteller*in:	Jusos Wandsbek
	Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

1 **Beugehaft für Zeug*innen abschaffen!**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz möge zur Weiterleitung an den Bundeskongress der
3 Jusos beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden dazu
6 aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur Änderung der StPO einzubringen, welche die
7 Beugehaft für Zeug*innen (§ 70 Abs. 2 StPO) streicht.

8 **Begründung:**

9 „Anna und Arthur halten's Maul.“ – Wer schon mal eine aktivistische Demonstration
10 besucht hat, könnte mit diesem (szene-)bekannten Slogan in Berührung gekommen
11 sein. Auf wenig poetische Weise wird so geraten, keine Aussagen gegenüber der
12 Polizei und der Justiz zu machen.

13 Weniger bekannt ist hingegen der Umstand, dass Personen ohne
14 Zeugnisverweigerungsrecht unter Umständen schwerwiegende Konsequenzen drohen,
15 wenn sie trotz Ladung von Gericht oder Staatsanwaltschaft nicht aussagen. Ein kurzer
16 strafprozessualer Exkurs: Während Tatverdächtigen und bestimmten
17 Personengruppen (u. a. nahen Angehörigen und bestimmten Berufsgruppen) in
18 Deutschland das Recht zur Aussageverweigerung zusteht (§§ 52 ff. StPO), sind alle
19 anderen Menschen grundsätzlich verpflichtet, gegenüber Ermittlungsbehörden
20 auszusagen. Kommt eine Zeugin dieser Pflicht nicht nach, drohen ihr – ohne selbst
21 einer Straftat verdächtig zu sein – bis zu sechs Monate sog. „Beugehaft“.

22 „Wer nichts zu verbergen hat, kann doch einfach aussagen!“, raunt es an so manchen
23 Abendbrottischen. Eine solche Aussage zeugt jedoch von einem fragwürdigen
24 (autoritären) Verständnis von Staatsgewalt.

25 Dabei ist die Angst vor staatlicher Repression nicht immer unberechtigt: Hier sei – um
26 nur ein Beispiel zu nennen – das ruppig-rechtswidrige Vorgehen der Bayerischen
27 Sicherheitsbehörden gegenüber der „Letzten Generation“ erwähnt.

28 Die Beugehaft stellt dazu einen erheblichen Eingriff in die Grundrechte der Zeug*innen
29 (die wohlgerne gerade **nicht** Beschuldigte sind) dar. Sie werden bis zu sechs Monate
30 lang aus ihrem Alltag und Umfeld gerissen. Regelmäßig verlieren sie ihre
31 Lohnarbeitsstellen, oft auch die Wohnung. Zugleich müssen sie selbst für die Kosten

32 der Beugehaft (mit-)aufkommen. Je nach Bundesland fallen Tagessätze
33 von bis zu 60 € an. Gefängnisaufenthalte sind auch psychisch extrem belastend, zumal
34 die Beugehaft ja gerade der Zermürbung der Zeug*innen dienen soll. All das ist kaum
35 mit den Prinzipien eines liberalen Rechtsstaats vereinbar.

36 Setzt man sich über diese Bedenken hinweg, wirft zuletzt auch die Wirksamkeit der
37 Beugehaft Fragen auf. Die mehrmonatige Inhaftierung soll bei den Betroffenen zu
38 einem „Umdenken“ führen, sie sollen zur Aussage bewegt werden. Personen, die aus
39 ethischen oder politischen Gründen eine Aussage verweigern, werden durch eine
40 Inhaftierung jedoch nur selten zu einer Aussage bewegt. (Vielmehr wird hierdurch das
41 Vertrauen in die Justiz und den demokratischen Rechtsstaat untergraben.)

42 Maßnahmen wie die Beugehaft für Zeug*innen haben keinen Platz in einem modernen
43 Strafprozessrecht. Die Justiz sollte alternative Mittel zur Wahrheitsfindung nutzen, die
44 mit den Grundrechten vereinbar sind.